

Konzeptuelle Grundlagen II

Bedeutungsfeld: UN/SICHERHEIT

Erosion des Gewaltmonopols des Staates?

Outsourcing von Sicherheitsfunktionen

„Gewaltmärkte“

Haider Gerwin / Hoffstädterova Jana / Jöchl Josef / Kafka Susanne / Ludwig Katharina / Mayr Lisa / Schmideder Roman

1.) Begriff Un-/Sicherheit und die Erosion des staatlichen Gewaltmonopols

Terminus: Sicherheit

Menschlicher Fortschritt wird durch das Bedürfnis nach Sicherheit angeregt. Sicherheit ist ein Komplex einer Vielzahl von Faktoren. Rafael Rosenzweig¹ kategorisiert: Sicherheit vor körperlicher Gewalt, extremen Wetterverhältnissen und Hunger, sowie Sicherheit der Nachkommen, der Gesundheit und des Alters. Eine andere Aufzählung formuliert folgende sechs Punkte:² Das Bedürfnis Sicherheit ist nach Kuznets aufgrund nachstehender Faktoren gegeben:

- Die Möglichkeit der Gesellschaft, Neuerungen einzuführen. Das schließt die Bereitstellung von Kapital ein.
- Das Vorhandensein von miteinander verbundenen Erfindungen.
- Die Verbindung von neuem Wissen, technologischem Fortschritt und strukturellen Veränderungen.
- Die Neigung zu bewaffneten Konflikten.
- Der Wunsch nach mehr Wirtschaftsgütern. Eine notwendige Vorbedingung besteht in ihrer Bereitstellung durch gesellschaftlich akzeptable Methoden.
- Die Gesellschaft muss fähig sein, Störungen, die durch Änderungen verursacht wurden, zu verkraften.

Definition: Sicherheit

Traditionell: Abwesenheit einer militärischen Bedrohung oder der Schutz eines Staates vor Angriff oder Umsturz.

Heute: Bemühen den Sicherheitsbegriff über den militärischen Bereich hinaus der erweiterten Bedrohungswahrnehmung moderner westlicher Gesellschaften anzupassen.

¹ Vgl. Rosenzweig, Rafael: Das Streben nach Sicherheit, Marburg 1998, S. 57f.

² Kuznets, Simon zit. n. Rosenzweig, Rafael, 1998, S. 61.

Definition: Unsicherheit

Richard Ullman: „Eine Bedrohung der nationalen Sicherheit ist eine Handlung oder eine Folge von Ereignissen, welche die Gefahr beinhalten, dass (1) die Lebensqualität der Einwohner eines Staates innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne drastisch abgebaut wird, oder (2) dass die politischen Handlungsoptionen der Regierung eines Staates oder von privaten nicht-staatlichen Einheiten (Personen, Gruppen, Vereinigungen) erheblich eingeengt werden.“

Neue Bedrohungen staatlicher Sicherheit³

Wir fordern vom Staat Sicherheit nach außen und innen. Das Bedrohungs- bzw. Unsicherheitsgefühl entspringt der Befürchtung, dass der Staat mit neuartigen, nicht auf militärischem, zwischenstaatlichem Gebiet liegenden Bedrohungen seiner Souveränität nicht mehr so recht fertig wird. Dies beweist auch die steigende Zahl kommerzieller Sicherheitsunternehmen. Dies führt zu Ängsten/Unsicherheit, die ein demokratischer Staat nicht unbeachtet lassen darf. Es ist in der Tat so, dass neue Bedrohungen staatlicher Sicherheit und Souveränität heraufziehen. Immer deutlicher zeichnet sich eine neue historische Situation ab, die dadurch gekennzeichnet ist, dass sich illegale Aktivitäten nicht mehr nur dem Zugriff des Staates zu entziehen versuchen, sondern durch aktiven Zugriff auf staatliche Strukturen selbst die Zahl staatlicher Handlungsoptionen zu reduzieren versuchen (Erosion des staatlichen Gewaltmonopols z.B. durch Kommerzialisierung von Gewalt).

Messbarkeit von Sicherheit⁴

Um wirtschaftliche Parameter von Wünschen festzulegen, müssen Geldwerte für folgende Faktoren festgelegt werden:

- 1.) Die Anstrengung, eine bestehende Situation zu wahren.
- 2.) Die Anstrengung, eine erwünschte Situation zu erreichen.
- 3.) Der Preis der dazu benötigten Mittel.
- 4.) Die Verfügbarkeit der für 1. und 2. benötigten Mittel.

Berechnungen werden anhand bestimmter Variablen durchgeführt:

S bestehende Sicherheit = Summe aller wirtschaftlichen Ressourcen, die innerhalb eines gegebenen Zeitraums, gebraucht werden, um die gegenwärtige Situation aufrechtzuerhalten

³ Vgl. Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen: Politische Studien, Ausgabe 351, Schwerpunktthema: Neue Bedrohungen staatlicher Sicherheit, 1997, S. 13.

⁴ Vgl. Rosenzweig, 1998, S. 67.

E erreichbare Sicherheit = Kosten der Aufrechterhaltung einer erwünschten Sicherheit, die von der bestehenden Wirtschaft getragen werden. (meistens: $E > S$, außer z.B.: Wird die nationale Sicherheit durch einen Friedensvertrag erhöht, steht zu erwarten, dass die militärischen Ausgaben kleiner werden.) (Differenz zwischen S und $E = L =$ Sicherheitslücke)

A absolute Sicherheit = Abwesenheit jeglicher Gefährdung (uralter Traum der Menschheit). Dieser Zustand kann nicht erreicht werden, da die zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht ausreichen.

Begriff: Innere Sicherheit

Wilhelm Knelangen geht hiervon aus: „Wenn innere Sicherheit einerseits als staatliche Aufgabe und damit als durch staatliches Handeln beeinflussbares Ziel konzipiert ist, wenn andererseits das staatliche Handeln im demokratischen Verfassungsstaat durch die Verfassung legitimiert und nach Maßgabe der Verfassungsvorgaben legalisiert wird, dann liegt es nahe, den Begriff der inneren Sicherheit an den Bezugsrahmen der Verfassung zu binden. Grundkonflikt: Da polizeiliches Handeln Freiheitsrechte der Individuen mit dem Ziel der Aufrechterhaltung von Sicherheit einschränkt, andererseits aber die Sicherheit als Voraussetzung für das Ziel der Entfaltung von persönlicher Freiheit gelten kann, stehen beide Ziele in einem nicht einfach aufzulösenden Spannungsverhältnis. Deswegen kann zwischen einem konservativen Sicherheitsziel, das die Wahrung und Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols betont, und einem liberalen Sicherheitsziel unterschieden werden, das die Beschränkung des staatlichen Machtanspruches durch bürgerliche Freiheitsrechte und rechtsstaatliche Prinzipien fokussiert.“⁵

Sicherheitspolitik⁶

Definiert sich aus der Gesamtheit der politischen Ziele, Strategien und Instrumente, die der äußeren Sicherheit, der staatlichen Souveränität und der Handlungsfreiheit der Regierung sowie der Unabhängigkeit und politischen Selbstbestimmung eines Staates dienen.

Sicherheit und Menschenrechte

„Menschenrechtsdialog und Menschenrechtsverwirklichung im Verhältnis zwischen den antagonistischen Staats- und Gesellschaftsordnungen bleiben langfristige Aufgaben. Eine

⁵ Knelange Wilhelm: Das Politikfeld innere Sicherheit im Integrationsprozess, Band 4, Leske u. Budrich, Opladen 2001, S. 38.

⁶ Buchbender/Bühl/Kujat: Wörterbuch zur Sicherheitspolitik zit. n. Hauser, Gunther: Sicherheit in Mitteleuropa, Schriftenreihe 2/2003, S. 3.

ergebnisorientierte Entspannungspolitik, die Sicherheit gewährleisten und Menschenrechte realisieren will, muss behutsam vorgehen.“⁷

Ein Ansatz:

Verbesserung der inneren Sicherheit durch interkulturelles Personalmanagement⁸

Sicherheit erweist sich als Kernaufgabe des Staates, kann aber aus rechtlichen und praktischen Gründen im nationalen Rahmen allein zukünftig nicht mehr gewährleistet werden. Die neuen Herausforderungen liegen im Bereich der rechtlichen und politischen Steuerung der europäischen Integration, aber auch im Bereich der supranationalen und internationalen polizeilichen Verbrechensbekämpfung. Die wachsende, zunehmend international organisierte Kriminalität erfordert eine adäquate Verbrechensbekämpfung auf der Basis bilateraler und multilateraler Zusammenarbeit, um die Sicherheit in einem neudefinierten europäischen Wirtschaftsraum zu gewährleisten. Vorteile: Fähigkeit zum Lernen, zur ständigen Anpassung u. zur Selbstorganisation, die bei einer interkulturell gebildeten Gruppe grundsätzlich als höher einzuschätzen sind als die einer homogen besetzten Gruppe, Synergieeffekte nutzen durch unterschiedliches Problemverhalten. Wichtig: interkulturelle Kompetenz, um Erosionen des Gewaltmonopols einzudämmen.

Gewaltmonopol:⁹

Das den Staat auszeichnende, von anderen Herrschaftsverbänden unterscheidende Monopol der legitimen Anwendung physischer Gewalt zur Durchsetzung von Recht und Gesetz. Das Gewaltmonopol des Staates ist im demokratischen Verfassungsstaat zum Schutz vor Willkürherrschaft durch die Verfassung und durch weitere Gesetze beschränkt. Es gilt als unaufgebare Grundvoraussetzung für jede rechtsstaatliche Ordnung.

Erosion des Gewaltmonopols:

Das Gewaltmonopol einzelner Staaten existiert entweder überhaupt nicht mehr oder es hat die Fähigkeit zur Durchsetzung elementarer Funktionen (Sicherheit, Wohlfahrt, Herrschaft) verloren. Stattdessen lösen sich die administrativen-staatlichen Strukturen auf und es verfügen

⁷ Forschungsberichte Internationale Politik: Menschenrechte und Sicherheit von Michael Staack, Ausgabe: Nr. 8, Berlin 1989, S. 74f.

⁸ Pitschas, Rainer (Hrsg.) unter Mitarbeit von Ulrich Koch, Politik und Recht der inneren Sicherheit in Mittel- und Osteuropa, Band 3, München 1996, S. 323f.

⁹ <http://ods.dokom.net/mbr/netdays/00/gewalt/defin.htm> (23.10.2003).

mehrere Parteien über Gewaltmittel (wie etwa so genannte Warlords), die auch bereit sind, diese zur Durchsetzung ihrer Interessen einzusetzen.¹⁰

Der Übergang zwischen einem aufrechten Gewaltmonopol des Staates und „Anarchie“ ist fließend. Man unterscheidet:

„Schwache Staaten“:

Diese Staaten weisen zwar zahlreiche kritische Sozialindikatoren wie Bevölkerungsexplosion, Armut und Unterentwicklung auf, sie haben aber vorerst ein funktionierendes Gewaltmonopol.

„Zerfallene Staaten“:

Sind hingegen Staaten, in denen sich das Gewaltmonopol unter dem Druck gesellschaftlicher Gewaltausbrüche schrittweise auflöst und nur mehr bedingt durchgesetzt werden kann – oder eben gar nicht mehr vorhanden ist. Die Staaten existieren zwar de jure noch, sind aber faktisch eher Phantomstaaten. Sie werden auch als „failed states“ bezeichnet.

Neue Formen der Gewalt:

- neue Formen der Gewalt bedrohen die Gesellschaft: Opfer privater Gewalt werden heute eher hingenommen als Blutvergießen im Krieg, das war über Jahrhunderte umgekehrt
- privatisierte Gewalt ist daher meist entweder kriminell oder fundamentalistisch, und natürlich gibt es allerhand Mischformen, ganz abgesehen davon, dass was für die einen todesmutige Glaubenskrieger sein mögen, für andere kriminelle Terroristen sind

Warum immer mehr privatisierte Gewalt ?

1. die moderne Technik
2. der globale Waffenmarkt
3. die Globalisierung aller Märkte, des Warenmarktes, des Kapitalmarktes, des Arbeitsmarktes

¹⁰ Chonjnacki, Sven: Anarchie und Ordnung. Stabilitätsrisiken und Wandel internationaler Ordnung durch innerstaatliche Gewalt und Staatenzerfall. Quelle: <http://www.wz-berlin.de/~svencho/pdf/risiko-2000.pdf> (23.10.2003).

4. die Ideologie des Globalismus (vielleicht besser des Neoliberalismus)

- das Gewaltmonopol des Staates zu bewahren wird immer wichtiger:
 - den Sozialstaat nicht abschreiben, sondern erneuern, Bildungssystem ausbauen

 - staatliches Gewaltmonopol hüten, Justiz stärken, eine Gesellschaft anstreben und bauen, die resistent ist gegen die privatisierte Gewalt

- wenn Gewalt heute vor allem innerhalb, nicht zwischen Staaten durchbricht, hilft der zwischenstaatliche Gewaltverzicht wenig: wichtiger als der Gewaltverzicht ist der Aufbau eines internationalen Gewaltmonopols, der Gewalt vorzubeugen, sie zu verhindern, zu zähmen und notfalls zu brechen, ob sie sich Krieg nennt oder nicht

LITERATUR

Chonjnacki, Sven: Anarchie und Ordnung. Stabilitätsrisiken und Wandel internationaler Ordnung durch innerstaatlicher Gewalt und Staatenzerfall. Quelle: <http://www.wz-berlin.de/~svencho/pdf/risiko-2000.pdf> (23.10.2003).

Forschungsberichte Internationale Politik: Menschenrechte und Sicherheit von Michael Staack, Ausgabe: Nr. 8, Berlin 1989.

Hauser, Gunther: Sicherheit in Mitteleuropa, Schriftenreihe 2/2003.

Knelange Wilhelm: Das Politikfeld innere Sicherheit im Integrationsprozess, Band 4, Leske u. Budrich, Opladen 2001.

Pitschas, Rainer (Hrsg.) unter Mitarbeit von Ulrich Koch, Politik und Recht der inneren Sicherheit in Mittel- und Osteuropa, Band 3, München 1996.

Rosenzweig, Rafael: Das Streben nach Sicherheit, Marburg 1998.

Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen: Politische Studien, Ausgabe 351, Schwerpunktthema: Neue Bedrohungen staatlicher Sicherheit, 1997.

Internet: <http://ods.dokom.net/mbr/netdays/00/gewalt/defin.htm> (23.10.2003).

Internet: www.ev-akademie-baden.de/presse/2002 (23.10.2003).

Internet: www.sonntagsblatt.de/artikel/2000/16 (23.10.2003).

2.) Outsourcing von Sicherheitsfunktionen

Kurze Definition: Outsourcing

Outsourcing meint als Geschäftsstrategie des privaten Sektors die Übertragung von Aufgaben, die ursprünglich von Angestellten einer bestimmten Firma erfüllt wurden, an externe Dienstleister zur Kostenreduktion (economy of scale).

Im Rahmen neoliberaler Konzepte vom „schlanken Staat“ wird diese Strategie zunehmend von öffentlichen Körperschaften betrieben und bedeutet die Auslagerung staatlicher Dienstleistungen an den privaten Sektor.

Lange Definition: Outsourcing

„Outsourcing“/Ausgliederung:

Der Begriff „Outsourcing“ entstammt einem betriebswirtschaftlichen Unternehmensvokabular und verweist so bereits auf eine wesentliche Dimension der Thematik: Privatisierung und Ausgliederung wird heute nämlich mit Argumenten der ökonomischen Rationalität legitimiert, als logische Notwendigkeit präsentiert und kaum hinterfragt. Ebenso wenig wird hinterfragt, wie wichtig die Ausübung von – wie auch immer gearteten – Sicherheitsfunktionen in der Gesellschaft überhaupt ist. Das wirtschaftsliberale „Naturgesetz“ der „zwingenden Entlastung“ des Staates legitimiert so nicht nur die im schicken Wirtschaftsanglizismus des Wortes „Outsourcing“ verborgenen Privatisierungsbestrebungen, sondern verstellt auch den Blick auf die tatsächlichen Bedrohungen in Zeiten der neoliberalen Doktrin.

Outsourcing von Sicherheitsfunktionen umfasst:

- Wachdienste
- Private Schutztruppen
- Strafvollzug
- Internationale Sicherheit

Die private Sicherheitsindustrie verzeichnet Schätzungen zu Folge einen Gesamtumsatz von 50 Milliarden US-Dollar, wobei der größte Teil im Norden erzielt wird. Sie beschäftigt mehr als 2 Millionen Menschen.

Unsicherheit/Sicherheit/Innere Sicherheit:

Erosion des staatlichen Gewaltmonopols am Beispiel der Übertragung von Sicherheitsfunktionen auf so genannte Private Sicherheitsdienste (PSD):

In den meisten Ländern existiert keine allgemein anerkannte Definition des Sicherheitsbegriffs. Vor allem in den Industrienationen verschwimmt dieser mit dem Begriffspaar „öffentliche Sicherheit und Ordnung“. Mancherorts, z.B. in Spanien, wird das Garantieren der inneren Sicherheit hauptsächlich als (öffentliche) Dienstleistung aufgefasst. Sicherheit wird in diesem Verständnis zum öffentlichen Gut, das nur für manche leistbar ist. Diese Verdienstleistung von Sicherheit setzt außerdem voraus, dass eine permanente (kriminelle) Bedrohung der inneren Sicherheit angenommen wird – verifiziert wird diese Annahme freilich kaum.

In einem geschickten Zusammenspiel von Politik und Medien findet vielmehr ein gezieltes Lenken von Ängsten vor gemachten „Unsicherheiten“ statt: Etwa vor Verbrechen, Terror, Drogen, Minderheiten, Killerviren und Katastrophen – die wirklichen, komplexen Bedrohungen bleiben indes oft im Verborgenen.

Im Verständnis der BefürworterInnen von PSD wird dagegen extra hervorgehoben, dass innere Sicherheit eine Leistung für den Bürger darstelle, die ihm Freiheitsräume gewähre und ihn nicht etwa mit geheimdienstlicher Observation und politisch motivierter Repression einenge. Aus Sicht der PSD soll und kann der Staat den BürgerInnen und der Wirtschaft mehr Eigenverantwortung in der Wahrnehmung der Sicherheitsaufgaben übertragen.

Akteure:

Nutzen aus den übertriebenen Verunsicherungen der Bevölkerung ziehen viele: So sind deren Ängste ausgesprochen gewinnbringend für TV-Sender, Verbände und Interessensgruppen, die Waffenlobby, Heerscharen von Anwälten und – vor allem auch in den USA – ErzeugerInnen von Überwachungsanlagen und Sicherheitseinrichtungen, GrundstücksmakerInnen, die der weißen Mittelschicht eingezäunte und gut gesicherte Wohnsiedlungen anbieten usw. Von

Verunsicherung der Bevölkerung und dementsprechenden Investitionen in staatliche Sicherheitsapparate profitieren auch insbesondere privatwirtschaftliche Rüstungsbranchen und private Sicherheitsdienste. Aktuell treten vermehrt gesellschaftspolitische Konzeptionen und Strategien hervor, die eine Umorientierung von Sicherheit auf Unsicherheit beinhalten.

Grundsätzliche Diskurse:

- Die Abwehr von Sicherheitsbedrohungen versus Bewahrung demokratischer Grundsicherheiten und –freiheiten des/der Einzelnen
- Instrumentalisieren von „Unsicherheit“ bzw. „Sicherheit“ zur Durchsetzung politischer Interessen
- Kriminalitäts- wie Sicherheitsbilder als Konstrukte, die als kollektive Deutungsmuster bedeutende soziale Wirkungen entfalten
- „Subjektive“ Kriminalitätsfurcht vs. „objektive“ Sicherheitslage: Sinkende Kriminalitätsziffern bei steigender Kriminalitätsfurcht
- Stilisierte Bedrohungen (z.B. vor Terror, Killerviren, Amokläufern usw.) als Ablenkungsmanöver vor den wirklichen (strukturellen) Existenzbedrohungen im Zuge des neoliberalen Globalismus: Kriminalitätsfurcht als Projektion diffuser Ängste auf „sichtbare“ Bedrohung oder Kriminalität betrachtet
- Die Kontrollgesellschaft wird heutzutage vor allem von einem allumfassenden Sicherheitsdiskurs legitimiert: Sicherheit als Schlüsselkonzept und konstitutives Symbol moderner Gesellschaften.
- Die Forderung nach mehr Sicherheit wird durch staatliche und private Angebote in Form von Überwachungstechnologien, Gesetzespaketen od. Kompetenzerweiterungen des BGS etc. beantwortet. Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen werden nicht mehr von einem einzelnen Akteur (Staat) initiiert, sondern von einer Vielzahl von Akteuren angeboten.

- Aktuelle Entwicklung vom Überwachungsstaat zur Überwachungsgesellschaft

Private Militärunternehmen:

1. Beratung und Ausbildung
2. Zulieferer sowie logistische und technische Dienstleistungen
3. Kampfhandlungen

Aufgabengebiet:

Militärische Operationen, Militärberatung, Beschaffung, militärische Lageanalyse, Logistik, Wiederaufbau nach Konflikt, Schutz von Personen und Eigentum, Risikoanalysen in unsicheren Gebieten für Investoren, Forschungen und Informationsbeschaffung im Bereich von Kriminalität, Betrug, Investitionsmöglichkeiten, Bearbeitung und Beratung in Fragen von Geiselnahmen.

Beispiele:

- Executive Outcomes EO (Südafrika) – erstes privates Militärunternehmen
- Sandline International (GB)
- Military Professional Resources Incorporated MPRI (USA)
- Levdan (Israel)

Verhältnis Personal privater Militärunternehmen – US-Soldaten:

1. Golfkrieg	1:50-100
Golfkrieg 2003	1:10

Gründe für starken Zuwachs in 90er-Jahren:

- Abrüstung nach Ende des Kalten Krieges, Kürzung der Militäretats
- private Militärunternehmen entwickeln sich azyklisch: sinkendes Militärbudget → Umsätze steigen;
 ehemalige Mitglieder der staatlichen Heere Gründer und Angestellte der privaten
 Militäragenturen
- Zweifel an Effizienz UN-Friedenseinsätze
- Failed States

Problemfelder

- Interessenssicherung: öffentliches Gut „Sicherheit“ – privates Gut „Gewinn“
- Zeitperspektive der Konfliktlösung: langfristig – kurzfristig
- Frage der Kontrolle
- Verantwortung: gegenüber Aktionären, Besitzern – gegenüber dem Gesetz, Völkerrecht
Unterminierung des Völkerrechts-Subjekts Staat

LITERATUR

Conesa, Pierre: Krieg als Dienstleistung. in: Le Monde Diplomatique, Nr. 7028, April 2003;
<http://www.monde-diplomatique.de/pm/2003/04/11.mondeText.artikel.a0009.idx,0>
[25.10.2003]

Glassner, Barry; The Culture of Fear: Why Americans are afraid of the wrong things, Basic Books 1999

Gössner, Rolf: Das Anti-Terror-System: Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat, VSA-Verlag 1991

Noll, Alfred: „Sicherheitsstaat“ Österreich? Kritik der Sicherheitsgesetzgebung, Österreichische Vereinigung Demokratischer Juristen, Mitteilungen 1991

Ruf, Werner (1998): Zur Privatisierung von Gewalt.
Homepage der Universität Kassel:

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/science/ruf-gewalt.html> [25.10.2003]

Shearing, Clifford: Gewalt und die neue Kunst des Regierens und Herrschens. Privatisierung und ihre Implikation. In: Trutz von Trotha (Hg.): Soziologie der Gewalt. Opladen/Wiesbaden 1997

Wulf, Herbert : „Rent-a-Soldier“ Die Privatisierung des Militärs. in: Wissenschaft & Frieden, Nr. 2/2003; Homepage der Universität Kassel
<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Privatkriege/wulf.html> [25.10.2003]

3.) Gewaltmärkte

Der Begriff ‚Gewalt‘

Der deutsche Begriff der Gewalt deckt eine weitaus größere Bandbreite ab als vergleichbare Begriffe der romanischen oder englischen Sprache (dt.: Gewalt = engl.: power, force, control und violence). Im Deutschen ist der Begriff Gewalt gemeinhin negativ behaftet, die Begriffsfassung der „strukturellen Gewalt“ von Johann Galtung (Link: siehe Quellennachweis) greift als Definition von Gewalt auf dem Feld der „Gewaltmärkte“ allerdings zu weit, hier ist eine engere Begriffsfassung im Sinne des englischen „violence“ (die Ware) unter Verbindung mit „power“ (die ‚ersetzte‘ Staatsgewalt) vonnöten.

Definition: Gewaltmärkte

Unter Gewaltmärkten versteht man als Bürgerkriege, Kriegsherrensysteeme oder Räubertum bezeichnete Konflikte, die unter einer Folie von ideologischen und machttechnischen Zielen und oberflächlicher Kampfverpflichtung nach ökonomischen Motiven funktionieren (Georg Elwert). Gewaltmärkte sind eine Ausprägung privatisierter Gewalt. Gehandelt wird mit „privatisierter violence“, die sich als „power“ ausgibt (Eppler).

Die Privatisierung von Gewalt kann sowohl ‚von oben‘ entlang etablierter, protegierter Positionen, wie z.B. Paramilitärs, erfolgen, hingegen auch vom anderen Ende der Gesellschaft, ‚von unten‘ (bspw. Rebellen).

Akteure

- Kriegsherren sind dort aktiv, wo das staatliche Gewaltmonopol zusammengebrochen ist, wollen aus der Situation wirtschaftlichen Gewinn schlagen.
- Rebellen sind vorwiegend ideologisch motiviert und werden mit Terrorakten und Kriminalität verbunden.
- Terroristen wollen unter Androhung und Ausübung von Gewalt ideologische und zunehmend fundamentalistische Zielsetzungen durchsetzen.
- Organisierte Kriminelle, die in Netzwerken operieren und deren oberstes Ziel Profitmaximierung darstellt.

Kennzeichen

- **Zweckrationalität von Gewaltanwendung**

Gewalt im Gewaltmarkt ist im Wesentlichen von zweckrationalen Motiven bestimmt, eine ent-emotionalisierte Form von Gewalt. Die Grundmuster in einem Gewaltmarkt sind in der Regel von strategischen, ökonomischen Überlegungen bestimmt. Emotionen sind nicht strukturbildend, können den Gewaltmarkt aber beeinflussen.

- **Gewaltmärkte sind sich selbst stabilisierende Systeme**

Im Gewaltmarkt herrscht „Gewaltoffenheit“. Es gibt keine festen Regeln, die den Gebrauch von Gewalt reglementieren. Die Akteure im Gewaltmarkt stehen über jeglicher Form von Sanktion: „Bei den Regeln des Gewaltgebrauchs wird ihre Zerbrechlichkeit mitgedacht“ (Georg Elwert).

Gewaltoffenheit bringt marktwirtschaftliche Muster: Die Möglichkeit der Realisierung von Marktinteressen vergrößert gewaltoffene Räume, gleichzeitig wird den Interessen des Marktes Rechnung getragen.

Die Übergangsprozesse des Marktes, die neben Tausch auch Raub einschließen, werden von mehreren Akteuren übernommen, es gibt kaum „reine“ Marktakteure.

Die Strukturbildung ist als Prozess nicht transparent, da die Rollen des Marktes reversibel sind und jeder Akteur in einem jeweils von der eigenen Sichtweise geprägten „strategischen Dreieck aus Gewalt, Handel und Zeit“ agiert. Zu der Stabilisierung von Gewaltmärkten gehören Anstrengungen der Akteure auf dem ideologischen-symbolischen Feld – durch erfolgreiche Symbolisierung wird das Kapital erhöht.

- **Ressourcen**

Wichtigste Ressource, vor allem als Tauschmittel, stellt Geld dar. Die Marktressource „Gewalt“ kann in vielerlei Ausprägung am Markt existieren: Versklavung, Waffengewalt in jeglicher Ausprägung. Die Produktion von Gewalt folgt den Regeln von Effizienz und Effektivität (Säuberungen).

- **Schwere Lokalisierbarkeit** der Akteure
- **Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilisten ist außer Kraft** – Zivilisten übernehmen „Funktion“ in der Öffentlichkeit
- **Durchdringende Kommerzialisierung** – Akteure maximieren durch Investments Kapital; Gewalt muss sich „rechnen“
- **Gesetzlosigkeit**
- Verbindung von Kriminalität und Gesetzlosigkeit mit religiösem oder nationalistischem **Fundamentalismus**

- **Perspektivische Sichtweise des Marktes**
- Gewaltmärkte entstehen an den „Rändern“ des Staatsgebildes

Gründe für die Entstehung von Gewaltmärkten (Eppler)

- Waffentechnik
- Extreme Ungleichheiten in den Gesellschaften
- Neoliberalistische Politik – schlanker Staat als ungenügende Bremse für den Markt

Rahmenbedingungen

- Durch den Erfolg der Marktwirtschaft und die damit einhergehende Deregulierung hat der Staat immer weniger Kontrolle über die vorhandenen Ressourcen. Darüberhinaus sinken die Beträge für Entwicklungshilfe.
- Abhängigkeit von einem besonders wichtigen Wirtschaftszweig ist häufig gegeben; oder eine Marktöffnung setzt formelle Wirtschaft unter Druck. Die Folge: Flucht hinter die „Nebelschwaden der Politik“
- Starke gesellschaftliche Fragmentierung durch sozialpolitische Versäumnisse im Zuge der Modernisierung, religiöse und nationalistische Fundamentalismen
- Staat kann Gewaltmonopol nicht durchsetzen.
- „Der allgemeine Legitimationsverlust des Staates nach dem realen Zusammenbruch des Sozialismus (...) betrifft auch unmittelbar die Staaten der ehemaligen Dritten Welt, die aus dem Systemkonflikt Mittel zur Stabilisierung, wenn auch nicht ihrer Ökonomien, so doch ihrer politischen Regime mobilisieren konnten.“ (Werner Ruf)

Ökonomisches Motiv (Analyse der Weltbank – Collier, Hoeffner):

Versuch, mit Methodik der Wirtschaftswissenschaften, generalisierbare, ökonomische Aussagen treffen zu können; Vorbild: mikroökonomische Kosten-Nutzen-Rechnung

Ehrke: Konflikte mit Ziel der persönlichen Bereicherung nehmen zu; Bsp. Somalia, Sierra Leone, Angola, Liberia, Sudan, Afghanistan, Kolumbien.

Opportunitätskosten:

Die „idealtypische“ Figur eines „Gewalt-Unternehmers“ handelt nach ökonomischen Gesichtspunkten: Kosten und Nutzen eines Aufstandes (Investition), Unternehmer hat Investitionsmittel (Waffen, Nahrung, Geld ...), Akteure müssen Opportunitätskosten

einrechnen: Was hätte ich verdienen können (Einkommen, Gewinne), wenn ich keine Gewalt angewandt hätte / keine kriegerischen Handlungen gesetzt hätte?

Arbeitskräfte/Rebellen: Opportunitätskosten tendieren gegen Null (= sie haben sehr wenig zu verlieren), unabhängig vom Erfolg des Konflikts; Nutzen höher als Risiko (Tod, Verletzung); Rebellion ist Kollektiventscheidung: Transaktionskosten müssen eingerechnet werden (vom Unternehmer an die Arbeitskräfte)

Wahrscheinlichkeit und Dauer eines Konfliktes setzen sich aus Variablen zusammen:

- Einkommen p.c. → steuerbare Ressourcen, Opportunitätskosten, Risiken des Aufstandes: je höher, desto unwahrscheinlicher
- Anteil der Rohstoffexporte am Sozialprodukt je höher, desto wahrscheinlicher (bis zu einem gew. Grad)
- Bevölkerungsgröße: je höher, desto wahrscheinlicher
- Ethnische Fragmentierung: unklarer Zusammenhang; Polarisierung erhöht Wahrscheinlichkeit

Opportunity vs. Grievance (Collier):

Politikwissenschaftl. Analyseansatz: “Grievance”

Ursache für Konflikte sind Missstände

- ethnische, religiöse Polarisierung
- politische Repression
- Exklusion, wirtschaftliche Ungleichheit

Ökonomischer Ansatz: „Opportunity“

persönliche materielle Nutzenmaximierung; keine weiteren politischen Motive

- Ressourcen zur Finanzierung – natürliche Ressourcen oder Finanzen der Diaspora oder gutgesinnten ausländischen Regimes;
- Opportunitätskosten;
- soziale Kohäsion der Gruppe;
- militärische Kapazitäten der Gegner

Zweck der Akkumulation wirtschaftlicher Ressourcen: Finanzierung des Feldzuges oder Selbstzweck? (Ehrke: Bsp. UNITA in Angola, zuerst politische Ziele, dann nur mehr Geschäft) -> im Laufe der Zeit ökonomische Selbsterhaltung, weil politisches Ziel nicht mehr erreichbar ist und „Exit-Optionen“ fehlen.

Problem bei der Analyse auf rein ökonomischer Annahmen (private Bereicherung als einzige Motivation) laut Ehrke: Reduktion auf individuelles Bereicherungskalkül greift sowohl zu kurz, als auch zu weit. Bürgerkrieg ist zwar immer Ausdruck von Redistributionsprozessen, aber es gibt verschiedene Arten, wovon persönliche Bereicherung nur eine davon ist:

- Bsp. Sozialrevolutionäre Aufstandsbewegungen wollen Reichtum den weniger Privilegierten zukommen lassen
- Bsp. Subethnische Einheiten (Clans, Stämme) Umverteilung auf Basis neuer Verteilungsschlüssel, nicht persönliche Bereicherung im Vordergrund
- Bsp. Rote Khmer, Sendero Luminoso (Peru), Renamo (Mozambique): selbstaufferlegte äußerste Armut für Rekruten und Führer

→ Motive auch jenseits der puren Kapitalakkumulierung möglich (ideologische, religiöse = „sekundäre Motive“ laut Elwert); Verteilungskämpfe nicht nur um private, sondern auch öffentliche Güter (Bsp. Sicherheit...), wenn es in einem dieser Bereiche Missstände gibt.

LITERATUR

Borchert, Heiko (2003): Privatisierung der Gewalt, Staatenzerfall und die Rolle nicht staatlicher Akteure.

Abgerufen von der Internet-Homepage

http://www.borchert.ch/paper/HSG_0512_Privatisierung.pdf [26.10.03]

Elwert, Georg (1997): Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 37, Jg. 49. Köln, S. 86-101.

Eppler, Erhard (2002): Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Ruf, Werner (1998): Zur Privatisierung von Gewalt.

Abgerufen von der Internet-Homepage:

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/science/ruf-gewalt.html> [16.10.03]

Gewaltdefinition nach Johann Galtung: http://www.wegweiser-buergergesellschaft.de/praxishilfen/konfliktloesung/hintergrundtexte/gewalt_johann_galtung.php [26.10.2003]

<http://www.schweizerzeit.ch/1702/gewalt.htm> [26.10.2003]

Ehrke, Michael (2002): Zur politischen Ökonomie post-nationalstaatlicher Konflikte. Ein Literaturbericht. FES Berlin 2002. http://www.fes.de/ipg/ONLINE3_2002/artehrke.pdf

Collier, Paul und Hoeffner, Anke: "Economic Causes of Civil War", World Bank 1998

Keen, David. 'Incentives and Disincentives for Violence.' In *Europe's New Nationalism*. Edited by Caplan, R.; Feiffer, J. Oxford University Press, 2000.

Elwert, Georg: „Wie ethnisch sind Bürgerkriege?
Der Irrglaube, daß Bürgerkriege kulturelle Wurzeln haben“; in: E+Z - Entwicklung und
Zusammenarbeit (Nr. 10, Oktober 1998, S. 265-267) <http://www.dse.de/zeitschr/ez1098-5.htm>
